

scheinenden – Ideologie, welche den totalitären Bewegungen ihre Durchschlagskraft verleiht: nicht nur Hände und Füße werden gefangengenommen, sondern auch das Planen und Denken. Organisation und Lehre, Partei und Ideologie stützen sich gegenseitig: aus der Einsicht in das (scheinbar) Notwendige erwächst die intellektuelle Sicherheit, die revolutionäre Leidenschaft, die Bereitschaft, alles, und sei es auch das Schrecklichste, im Dienst der »neuen Zeit« zu tun. Eine kohärente Welterklärung, ausgestattet mit dem Schein der Wissenschaftlichkeit, gibt den totalitären Bewegungen ihr erschreckend gutes Gewissen:

»Der alte Quell der Disziplin, das Kapital, ist geschwächt, der alte Quell des Zusammenhalts ist versiegt. Wir müssen eine andere Disziplin, eine andere Quelle der Disziplin und des Zusammenhaltes schaffen. Was durch Zwang geschieht, ruft das Geschrei und Geheul der bürgerlichen Demokratie hervor, die mit den Worten ›Freiheit‹ und ›Gleichheit‹ herumwirft, ohne zu begreifen, daß die Freiheit für das Kapital ein Verbrechen gegen die Werktätigen ist. Wir haben im Kampf gegen die Lüge den Standpunkt eingenommen, daß wir die Arbeitsdienstpflicht und den Zusammenschluß der Werktätigen durchführen müssen, ohne auch nur im geringsten den Zwang zu scheuen; denn nirgendwo ist eine Revolution ohne Zwang vor sich gegangen, und das Proletariat hat das Recht, Zwang anzuwenden, um sich um jeden Preis zu behaupten« (Lenin 1920).⁹

»Um unser Volk zu erhalten, müssen wir dem Gegner gegenüber hart sein, auch auf die Gefahr hin, dem einzelnen Gegner damit einmal wehe zu tun und eventuell auch bei manchen sicherlich wohlmeinenden Menschen als unberrschte Rohlinge verschrien zu werden. Wenn wir nämlich als Nationalsozialisten unsere geschichtliche Aufgabe nicht erfüllen, weil wir zu objektiv und menschlich waren, so wird man uns trotzdem nicht mildernde Umstände anrechnen. Es wird einfach heißen: Vor der Geschichte haben sie ihre Aufgabe nicht erfüllt« (Heydrich 1935).¹⁰

»Von euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn hundert Leichen beisammen liegen, wenn 500 da liegen oder wenn 1000 da liegen. Dies durchgestanden zu haben und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte« (Himmler 1943).¹¹

9 Aus Lenins Bericht vor dem 9. Parteitag der KPR(B) am 29. März 1920; zit. bei W. Grottian, Das sowjetische Regierungssystem, Bd. II. Köln/Opladen 1965, S. 384.

10 R. Heydrich, Wandlungen unseres Kampfes. München/Berlin 1935.

11 H. Himmler, Posener Rede vom 4. Oktober 1943.

»Besser können wir nicht sein« (Hitler 1933/34).¹²

Die Verbindung von absoluter Gewalt und absoluter Rechtfertigung ist ein Charakteristikum totalitärer Herrschaft. Das ist schon von den frühen Totalitarismus-Theoretikern erkannt worden.¹³ Es handelt sich nicht um schlichten Sadismus, um die wohlbekannte Grausamkeit der Tyrannen – das wäre ein einfacher, historisch tausendfach bezeugter Fall. Das Neue liegt gerade in der Bereitschaft zur leidenschaftslosen »technischen« Vernichtung der Opfer, in der Verwandlung des »ehrlichen Feindes« in einen Schädling, den man ungestraft beseitigen darf. An die Stelle kriegerischer Entfesselung der Leidenschaften treten Akte der Säuberung, der Liquidation; die Täter wahren ihren Abstand, behalten sogar ihren »Anstand«, da sie durch die Geschichte gerechtfertigt sind – Himmlers Sprachwahl erhält von hierher ihre perverse Logik.¹⁴

Das ist historisch nicht gänzlich neu – M.-J. Le Guillou und H. Lübbe haben auf die Verbindung von Reinigung und Terror, revolutionärer »Unbestechlichkeit« und faktischer Gewaltentgrenzung schon in der Französischen Revolution hingewiesen.¹⁵ In der durch den Gulag-Schock ausgelösten Krise des intellektuellen Frankreich in den 70er Jahren hat sich das Modell des »französischen, deutschen und russischen Zyklus«¹⁶ in der Vorgeschichte der modernen, den Totalitarismus fundierenden Ideologien herausgebildet. Als periodisch wiederkehrende Phänomene treten auf a) die Loslösung des Denkens der »Intelligentsia« von der kontrollierten Welt der Universitäten,¹⁷ b) das Hervortreten einer Schicht von Aktivisten, welche die Umwandlung der Gesellschaft mit Hilfe einer szientifischen Welt- und Geschichtserklärung in Angriff nimmt, c) die Entstehung militanter, nicht an pluralistischer Konkurrenz, sondern an Al-

12 Ein mündlich überliefertes Zitat, das mit allem Vorbehalt wiedergegeben sei: C. Brinkmann, *Soziologische Theorie der Revolution*. Göttingen 1948, S. 67.

13 Erwähnt seien W. Gurian, *Deutsche Briefe vom 12. April und 24. Mai 1935*; E. Fraenkel, *The Dual State*. New York 1941, Kap. III; H. Arendt, *The Origins of Totalitarianism*. New York 1955, Kap. III; C.J. Friedrich u. Z. Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*. Cambridge/Mass. 1957, Kap. II u. IV.

14 Zu Himmlers »anständig«: J.C. Fest, *Das Gesicht des Dritten Reiches*, 1963, S. 166, und D. Sternberger, *Drei Wurzeln der Politik* (Schriften II, 1,2). Frankfurt 1978, dort die sehr berechtigte Forderung: »Wir müssen, beim Versuch, diese Phänomene zu erkennen, auch die Anstrengung nicht scheuen, in die Kammern solchen ins Entsetzliche verstiegenen Bewußtseins einzudringen (II,2, S. 438).

15 M.-J. Le Guillou, *Le mystère du Père. Foi des apôtres – Gnosés actuelles*. Paris 1973; dt. unter dem Titel: *Das Mysterium des Vaters*. Einsiedeln 1974; H. Lübbe, *Aufklärung und Terror. Geschichtsmetaphysische Voraussetzungen totalitärer Demokratie*, in: V. Gerhardt (Hrsg.), *Der Begriff der Politik. Bedingungen und Gründe politischen Handelns*. Stuttgart 1990, S. 238ff.

16 Le Guillou, ebd., S. 161ff.

17 Als Klassiker moderner Intelligentsiaforschung (mit Schwerpunkt im 18. Jahrhundert) darf R. Darnton gelten: *The Literary Underground of the Old Regime*. 1982; dt. unter dem Titel: *Literaten im Untergrund. Lesen, Schreiben, Publizieren im vorrevolutionären Frankreich*. München/Wien 1985.

leinherrschaft orientierter Parteien, die zugleich als Hüter der Lehre auftreten, endlich d) der Gebrauch der Sprache nicht zum Zweck der Kommunikation, sondern der Herrschaft, was zu Verflachung und Formelhaftigkeit, Wirklichkeitsverlust und wahnhaften Vorstellungen führen muß.¹⁸

Kann man alle modernen Ideologien, sowohl die um die »Rasse« wie die um die »Klasse« kreisenden, als gesunkenes Kulturgut, pervertierte Wissenschaft begreifen, so treten bei genauerer Betrachtung doch deutliche Unterschiede hervor. So behält der Marxismus trotz aller Tendenz zur Regression die Verbindung mit einem philosophischen Lehrgebäude bei, während das nationalistische und rassistische Denken sich höchstens pseudowissenschaftlich (aus naturalistischen und sozialdarwinistischen Strömungen) rechtfertigen kann. Auch die Verselbständigung der »Intelligentsia« und die Ausbildung der Partei zu einer hierarchisierten Organisation mit revolutionärer Disziplin und durchgebildeter Kommandostruktur setzt hier früher ein – was übrigens dazu führt, daß der Nationalsozialismus seine politischen Werkzeuge (Partei, Agitation, Propaganda) großenteils dem Leninismus entlehnt.¹⁹

Der geballten Verbindung von Machtinstrument und politischer Heilslehre, Gewalt und rechtfertigender Ideologie erliegen im 20. Jahrhundert viele: wie anders wäre es zu erklären, daß aus den totalitären Strömungen Massenbewegungen werden? Dabei bedürfen die Zusammenhänge mit den die Moderne beherrschenden Kräften noch genauerer Analyse. Mit der Aufklärung, allgemeiner gesprochen: mit dem wissenschaftlichen Zeitalter hängt der Totalitarismus durch seine Pseudorationalität zusammen: die Ideologie ist »ein abgekürzter Weg zum Wissen und zur Wunscherfüllung ... (sie) stützt sich auf das infantile Gefühl der Allmacht. Die Wirklichkeit soll sich dabei dem Wunsch fügen«²⁰ – eine Pseudomorphose des neuzeitlichen »Wissen ist Macht«. Klar erkennbar sind auch die Verbindungen zwischen den modernen demokratischen Bewegungen und dem totalitären Syndrom – erst die Demokratie, die eine Gesellschaft von Gleichen schafft und den Bürger vielfältig in staatliche Pflicht nimmt, bildet die Basis für die Mobilisierung der Massen und für die universelle Verbreitung der bis dahin auf intellektuelle Milieus beschränkten Ideologien, ohne daß man sagen könnte, Demokratisierung führe zwangsläufig zum

18 Le Guillou weist diese Züge schon am Jakobinerjargon (a.a.O., S. 162), vor allem aber am Leninismus und Nationalsozialismus nach: »Die Sprache hört ... auf, über die Wirklichkeit zu informieren, um im Gegenteil ein zwingendes Netz über sie zu breiten«, S. 173. Eine Skizze des »deutschen Zyklus« gibt H. Steger: »Verwirrung« als Ergebnis zeit- und kulturkritischer Analyse – Zukunftphantasia in »Ganzheitsmythen« – Erwachen im »Totalitarismus«, in: Verfolgung und Widerstand. Acta Ising, hrsg. v. H. Kreuzer und D. Zerlin, 1988, S. 81ff.

19 Diese von Ernst Nolte unter heftigem Widerspruch deutscher Kritiker vertretene These gehört inzwischen längst zum Allgemeingut der angelsächsischen und französischen Forschung.

20 Le Guillou, a.a.O., S. 174.

Totalitarismus.²¹ Eine wichtige Rolle spielen endlich die Verwundungen, die der Weltkrieg bei den Geschlagenen hinterläßt (zu denen man Deutschland und Rußland, aber auch Italien zählen muß): Es ist kein Zufall, daß Kommunismus, Faschismus, Nationalsozialismus in Ländern zur Macht gelangen, die Weltkriegsopfer sind und unter ihrem Rangverlust leiden.

Wie immer sich diese Komponenten im historischen Ablauf trennen und verbinden – das Ergebnis ist jedenfalls eindeutig: zwischen dem Jahr 1917 und dem Höhepunkt des Zweiten Weltkriegs dringen in Europa die totalitären Bewegungen mit überwältigender Wucht durch, schaffen um sich einen Kranz autoritärer und halb-totalitärer Staaten und versetzen die liberalen Demokratien in die Minderheit. Machtzentrum wird nach 1933 das nationalsozialistische Deutschland, das im Zweiten Weltkrieg eine auf dem Vorrang der germanischen Rasse gegründete Raumordnung zu erreichen strebt. Nach dem Zusammenbruch von 1945 rückt der sowjetrussische Totalitarismus in den Mittelpunkt: er unterwirft Ost- und Mitteleuropa und greift weit aus in die Länder der Dritten Welt. Das hier errichtete Weltreich, wiederum gegliedert in Kernbereiche und Außenbezirke, totalitäre und halb-totalitäre Zonen, dauert in seinem Kern bis in die 80er Jahre: erst 1980 läuten die revolutionären Vorgänge auf der Danziger Werft sein Ende ein.²²

Nach dem Abzug der Flut, in der Rückschau auf sechzig, siebenzig Jahre dieses Jahrhunderts tritt das seltsam Unwirkliche, Wahnhafte der totalitären Systeme in den Blick: jene »schizophrene Wirklichkeit«, von der H.G. Adler gesprochen hat,²³ jenes »vertrackte Gewebe der Täuschung und Selbsttäuschung«, von dem Hans Buchheim urteilt, man habe sich ihm »nur unter äußerster Anstrengung des Intellekts und des Gewissens ganz zu entziehen vermocht« – jener Zustand, »wo Wahn die Weisen treibet und Trug die Klugen hält«, wie es in einem im Dritten Reich gern zitierten evangelischen Kirchenlied heißt.²⁴ Nochmals: die Mechanismen des Zwangs, der Repression, des Terrors erklären nicht alles. Die verführerische Macht des Totalitarismus, so scheint es, liegt in einem Versprechen, das universal, aber gleichwohl nicht erfüllbar ist. »Bei ihrer Machtübernahme glaubt die Ideologie, das Absolute zu erreichen und sich als höchste Wirklichkeit zu etablieren ... In Wahrheit führt

21 In diesem Sinn ist die neuzeitliche Demokratisierung notwendige, aber keineswegs hinreichende oder gar zwingende Voraussetzung der Entwicklung totalitärer Herrschaft, wie mit Tocqueville gegen J.L. Talmon, *The Origins of Totalitarian Democracy*. Boston 1952, zu betonen ist.

22 Vgl. K. Brandys, *Warschauer Tagebuch*, a.a.O.; J. Holzer, »Solidarität«. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen. München 1985; R. Dahrendorf, *Betrachtungen über die Revolution in Europa* in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist. Stuttgart 1990.

23 H.G. Adler, *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*. Tübingen 1974.

24 H. Buchheim, *Die Totalitäre Bedrohung des Menschen*. Rede bei der Vollversammlung des ZdK vom 29./30. April 1983 (Ms.), S. 20 (dort auch das Kirchenliedzitat).

dieser Irrtum zu einem grundsätzlichen Bruch mit der Wirklichkeit ... Diese Verneinung der Wirklichkeit, die Benutzung der Sprache nicht zum Zweck der Kommunikation, sondern zum Zweck der Macht und damit zu magischen Zwecken, verleihen dem politischen Regime der Ideologie seine wahnsinnartigen Züge. Die Rationalisierungen werden allmählich unfähig, die Verwirklichung der primitivsten Phantasmen zu verdecken. Die Gewalt, die als Grenzerscheinung schon in den ältesten Utopien auftritt (der *Code de la Nature* von Morelly etwa sieht schon 1750 die modernen Konzentrationslager voraus), installiert sich im Zentrum und wird zur Hauptverwirklichung der ideologischen Macht.«²⁵

So ist es hinterher wie mit dem Auftauchen aus einem wüsten Traum. Man erkennt, daß man nicht bei sich selbst war, daß man eine Rolle spielte, die von außen aufgenötigt war. Viele Erzählungen aus der Sowjetunion, aus dem nationalsozialistischen Deutschland, aus Ländern des »realen Sozialismus«, stellen diesen psychologischen Mechanismus ans Licht: ein paar Menschen unterhalten sich, ein Unbekannter tritt hinzu; die Runde verstummt oder – häufiger – sie redet plötzlich anders als bisher. Das kann sich bis zu grotesken, virtuos oder bedrückenden Versteckspielen steigern, und es kann bei einem völligen Doppelleben, bei gesellschaftlicher Schizophrenie, bei der Habitualisierung gespielten Andersseins enden.

Bei den Nürnberger Prozessen wurde einmal ungefähr folgendes gesagt:

»Hitler war ein Genie. Er hat mit lauter Pazifisten seine Kriege geführt, mit lauter Widerstandskämpfern seine Diplomatie betrieben, mit lauter Verhinderern die Juden ausgerettet und mit lauter heimlich Unzufriedenen seine Kundgebungen abgehalten.«²⁶

Das war ironisch gemeint, weist aber auf jene Verwirrung der Lebensverhältnisse, jene »Maskerade des Bösen«²⁷ hin, ohne die man Geschehnisse wie die Etablierung *totalitärer Herrschaft* kaum erklären kann. Auf harmlosere Weise drückt der folgende Witz über die »Grundwidersprüche im Sozialismus« den gleichen Sachverhalt aus:

»Obwohl es keine Arbeitslosen gibt, arbeitet nur die Hälfte. Obwohl nur die Hälfte arbeitet, werden alle Pläne übererfüllt. Obwohl alle Pläne übererfüllt werden, gibt es nichts zu kaufen. Obwohl es nichts zu kaufen gibt, haben die

25 Lc Guillou, a.a.O., S. 173.

26 W. von Baeyer-Kattc, a.a.O., S. 236.

27 »Die große Maskerade des Bösen hat alle ethischen Begriffe durcheinander gewirbelt. Daß das Böse in der Gestalt des Lichts, der Wohltat, des geschichtlich Notwendigen, des sozial Gerechten erscheint, ist für den aus unserer tradierten ethischen Begriffswelt Kommenden schlechthin verwirrend; für den Christen, der aus der Bibel lebt, ist es gerade die Bestätigung der abgründigen Bosheit des Bösen«, so D. Bonhoeffer, *Widerstand und Ergebung*. Neuausgabe. München 1970, S. 12.

Leute mehr, als sie brauchen. Obwohl sie mehr haben als sie brauchen, schimpfen sie auf die Regierung. Und obwohl sie auf die Regierung schimpfen, wählen 99,9 Prozent sie.«²⁸

Ein satirischer Text, ohne Zweifel – und eine satirische Betrachtung jenes »Verblendungszusammenhangs«, in dem die totalitären Regime agieren, mag auch der Anfang psychologischer Befreiung von ihnen sein. Doch die Zeit ist uns noch zu nahe, und die Wunden sind noch zu frisch. Bis die Epoche der totalitären Herrschaft im befreienden kathartischen Gelächter untergehen kann, dürften noch manche Jahre vergehen.

III.

Was ist nun aber in nächster Zeit zu tun? Welche Haltungen, welche Tugenden sind nötig, damit wir die historische Chance des Wandels fruchtbar machen und nicht aus einem Extrem ins andere stürzen – aus einer Epoche der Verblendung in ein Zeitalter der Verwirrung und Orientierungslosigkeit?

Man muß sich zunächst klarmachen, in welcher Verfassung der gescheiterte Sozialismus die Menschen hinterlassen hat. Ich möchte drei Reaktionen unterscheiden: die der »Gläubigen«, die der »Andersgläubigen« und die der »Ungläubigen«.

Was die Gläubigen angeht, für die der Sozialismus eine Wahrheit, ein Lebensinhalt war (ich meine hier nicht die Opportunisten, die Unterdrücker, die Gewalttäter, sondern die Idealisten, die es auch gab!), so ist für sie im buchstäblichen Sinn eine Welt zusammengestürzt. Ein Richtpunkt des Lebens ist verschwunden. Es gibt kein Ziel mehr, auf das sich alles zubewegt. Das Ergebnis ist eine Sinnleere, ein Orientierungsdefizit, denn ein Glaube, zumal ein wissenschaftlich ausgearbeiteter, kann nicht ohne weiteres durch etwas anderes ersetzt werden. Es gab und gibt glaubwürdige Beispiele dafür, daß sich marxistisch erzogene Menschen in den letzten Jahrzehnten dem Christentum zu- oder zu ihm zurückgewandt haben (ich habe auf Biographien kommunistischer Intellektueller schon hingewiesen). Aber was tun die anderen, für die der alte Glaube fragwürdig geworden ist, denen aber kein neuer aufgehen will?

George Steiner läßt in seiner Erzählung *Fahnen* (1991) einen abtrünnigen italienischen Kommunisten mit einem katholischen Pater über Glauben und Häresie, über Christentum, Judentum und Marxismus diskutieren. Der Zusammenbruch des Sozialismus, die Kunde von seinen Verbrechen, den Menschenop-

²⁸ Hier zitiert nach L. de Maizière, Lehren aus den Erfahrungen in einem totalitären Staat, in: *im Gespräch* 1/1991, S. 9ff.

fern ohne Zahl im Dienst der Ideologie lassen den schriftgläubigen Intellektuellen, einen Korrektor von Beruf, der auch die Geschichte emendieren, von Fehlern reinigen will, nicht unbeeindruckt. Und doch hält er selbst im Scheitern des »realen Sozialismus« mit schmerzlicher Entschlossenheit an seiner Idee des Marxismus fest. »Der Marxismus erwies dem Menschen höchste Ehre. Moses', Jesu und Marxens Vision der gerechten Erde, der Nächstenliebe, der menschlichen Universalität, der Aufhebung aller Grenzen zwischen den Ländern, Klassen, Rassen, der Überwindung des Stammeshasses: Diese Vision war – darin sind wir uns einig, nicht wahr? – eine gewaltige Ungeduld. Aber sie war auch mehr. Sie überschätzte den Menschen. Eine vielleicht fatale, vielleicht wahnsinnige, aber gleichwohl großartige, jublierende Überschätzung des Menschen. Das größte Kompliment, das ihm je gemacht wurde. Die Kirche fesselte den Menschen in trübseliger Geringschätzung. Er ist ein gefallenes Wesen, verdammt, seine Todesstrafe auszuschwitzen. Staub zu Staub. Der Marxismus hielt ihn für fast unbegrenzt in seinen Fähigkeiten, grenzenlos in seinen Horizonten, in den Sprüngen seines Geistes. Für einen, der nach den Sternen greift. Nicht im Morast der Erbsünde steckend, sondern selbst ursprünglich. Unsere Geschichte ist nur ein primitiver Prolog.«²⁹ Die Erzählung findet ein merkwürdiges, fast tragikomisches Ende: Der marxistische Dissident stellt Antrag auf Wiederaufnahme in den Schoß der Kommunistischen Partei – doch diese gibt es nicht mehr, sie hat sich umbenannt; an die Stelle des roten Sterns ist ein grüner Baum getreten.

Leichter haben es da – so sollte man meinen – die Andersgläubigen. Inmitten der Geschlossenheit des marxistischen Glaubens waren dies vor allem die gläubigen Juden und Christen – und diejenigen, deren Lebensentwurf in irgendeiner Weise auf jüdisch-christliche Wurzeln zurückging. Nehmen wir so verschiedene Erscheinungen wie orthodoxe Russen, katholische Polen und Ungarn, Überlebende des Judentums in Osteuropa – allen war eine größere oder geringere Resistenz gegenüber den kommunistischen Heilslehren zu eigen. Ob das religiöse Element nun überlebte als stilles Licht und leiser Widerstand wie in Rußland oder als fordernd in die Öffentlichkeit ausgreifende Alternative zum Realsozialismus wie in Polen, als protestantischer Protest in Rumänien oder der DDR oder als jüdischer Widerspruch an vielen Orten – immer handelte es sich um mehr als nur um eine *politische* Gegenposition. So lag es für viele nahe, im Ende des falschen Glaubens den Triumph des wahren, im Niedergang des Sozialismus den Aufgang des Christentums (oder des Judentums) zu sehen; und in der Tat zieht die Parole vom christlichen Europa ihr Pathos vor allem aus osteuropäischen, postkommunistischen Erfahrungen. *Die Christenheit oder Europa* – dieser Novalis-Titel, herausfordernd in die Welt nach

29 George Steiner, *Fahnen*, in: *Lettre International* 14 (III/1991), S. 12ff.

der Französischen Revolution hineingestellt, gewinnt dort heute neue Aktualität.³⁰

Freilich, auch hier ist die Lage keineswegs einfach. Auf der einen Seite weiß Osteuropa, was es dem polnischen Papst verdankt – man lese zum Beleg das im Oktober 1978 begonnene Warschauer Tagebuch des polnischen Romaniers Kazimierz Brandys, der angesichts des in der polnischen Hauptstadt landenden Papstes von einer »rauschhaften Hoffnung«, einer »schäumenden Woge« spricht.³¹ Aber er stellt auch die Frage, »ob dieser Stellvertreter Christi ... jemals physische Zustände erlebt, wie ich sie kenne, ob er zugänglich ist für Zweifel, Ängste oder Depressionen ... Was macht der Papst mit seiner Unge-
wißheit, wie geht er mit der Existenzangst um ...?« Und diese Frage stellen heute in Polen sehr viele Menschen, keineswegs nur Agnostiker, sondern auch Katholiken vor allem aus der jungen Generation. In einem im August 1991 in *Tygodnik Powszechny* veröffentlichten Gespräch mit jungen Polen wurden auch so sperrige Meinungen vertreten wie diese: Die Kirche strebe danach, ein ideologisches Korsett zu schaffen, wie es einst der Kommunismus schuf; in ihr seien »sehr starke totalitäre Tendenzen«; christliche Kultur dürfe nicht einfach mit »katholischer Kultur« identifiziert werden; die Katholische Kirche sei stark, sei jedoch dabei, ihre Stärke zu verlieren und verschanze sich deshalb hinter rechtlichen Regelungen; die bipolare Schwarz-Weiß-Einstellung der kommunistischen Zeit taue nicht für die pluralistische Gegenwart; der Raum der Diskussion in der Kirche habe sich verengt; das Leben der Laien sei schwach entwickelt. »Die Menschen gehen immer noch zur Kirche, die Gotteshäuser sind voll, aber tot ... Die Erscheinung, von der ich sprach, resultiert nicht aus der allgemeinen Passivität oder aus dem Abdriften dieser Menschen. In dem Augenblick, in dem der Mensch Fragen zu stellen beginnt – das ist ja das Problem der jungen Menschen von den Oberschulen –, bekommt er keine Antwort darauf. In dem Augenblick, in dem er aus der Gemeinschaft der Kirche keinen anderen Nutzen schöpfen kann – das Zusammenleben mit den Menschen in einer größeren Gruppe –, dann erstarrt er in Apathie. Neben den Menschen, die deshalb von der Kirche weggehen, weil sie etwas suchen, was die Kirche nicht geben kann, gehen auch jene weg, denen die Kirche etwas geben könnte, aber aus unterschiedlichen Gründen nicht zu geben fähig ist ...«.³²

So besteht im Widerstreit der Gefühle durchaus Gefahr, daß die *dritte* Gruppe, die der *Nicht*-Gläubigen aus dem geschilderten Dilemma Nutzen zieht mit

³⁰ Stellvertretend für viele sei an Tatjana Goritschewa und Alexander Solschenizyn erinnert. Zu älteren Quellen dieses Denkens vgl. A. Fritzsche, *Philosophieren als Christ*. Zur russischen »geistlichen Philosophie« am Beispiel V.N. Karpov. Münster 1987.

³¹ K. Brandys, a.a.O., S. 125.

³² Hier zitiert nach: *Ost-West-Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen* 171 (1991).

dem Argument: Überlassen wir doch die Weltanschauungen, die marxistische wie die christliche, sich selbst; wenden wir uns den praktischen Problemen des Alltags zu, die dringend einer Lösung bedürfen. In der Tat ist der Aufbau einer funktionierenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung, eines Rechtssystems, einer Parteiendemokratie in Osteuropa dringend nötig – wie schwierig das alles ist, macht Polen, machen die Staaten der einstigen Sowjetunion, machen Ungarn, Rumänien, die Tschechoslowakei, Bulgarien auf je verschiedene Weise deutlich, von Jugoslawien ganz zu schweigen. Ein wenig Pragmatismus und Pluralismus wäre also dringend nötig, und vielleicht wird weniges nicht einmal genügen; gilt es doch im Osten Europas nicht nur westlichen Parteienstaat und Parlamentarismus, rechtsstaatliche Kultur, soziale Marktwirtschaft einzuholen, sondern auch ein gutes Stück Aufklärung, Demokratie, Menschenrechte.³³ In dieser Lage kann es wenig nützen, wenn man über die Schwächen und Schwierigkeiten der Parteiendemokratie die Schale des Zorns ausgießt, wie es Solschenyzyin in seinen Ratschlägen für die Zukunft Rußlands tut,³⁴ oder wenn man bis zum Überdruß den »Konsumismus« des Westens verurteilt oder den freien Markt als einen Mechanismus bezeichnet, der nur die »animalische Gier« des Menschen befriedigt.

Das Christentum wird der osteuropäischen Welt nur helfen können, wenn es selbst ein paar Lektionen Pluralismus aufnimmt, etwa die, daß Unbedingtheit des Glaubens nicht auf die Dinge des Alltags übertragen werden kann; daß es in der Politik nicht eine, sondern viele Möglichkeiten und Lösungen gibt; daß darüber gestritten werden kann und muß, ohne daß die notwendige Einheit in den Grundsätzen der Verfassung und des Rechts verloren gehen müssen, kurz, daß Konsens und Konflikt in der Demokratie keine Gegensätze, sondern sich ergänzende Prinzipien sind. Zu lernen ist auch, daß es in politischen Fragen keine prästabilisierte Harmonie gibt und daß man die Gegenwart weder der Utopie des Noch-Nicht opfern darf (wie im Kommunismus) noch einem Traditionalismus des Immer-schon Gültigen. Christentum ist nie triumphal. Es sollte auch heute der Versuchung widerstehen, Anweisungen für alle speziellen Fälle zur Hand zu haben und nur auf Gehorsam pochen zu sollen. Der Christ ist in weltlichen Fragen nicht klüger als seine nicht-christlichen Zeitgenossen. Er muß sich wie sie ehrlich und ohne Vorbehalte um Analysen und Lösungen bemühen, die nicht von Anfang an gebrauchsfertig bereitliegen.

Eine Erfahrung von Christen könnte freilich bei der Erkenntnis der heutigen Situation hilfreich sein. Die modernen Totalitarismen sind nicht zufällig ent-

33 Einen behutsamen Versuch der Interpretation westlicher politischer Kultur aus einer mitteleuropäischen Perspektive unternimmt B. Loewenstein, *Der Entwurf der Moderne. Vom Geist der bürgerlichen Gesellschaft und Zivilisation*. Darmstadt 1990.

34 A. Solschenyzyin, *Rußlands Weg aus der Krise. Ein Manifest*. München 1990, bes. S. 51f., S. 54ff.

standen. Sie waren – zumindest auch – Reaktionen auf Defizite und Verwerfungen in der modernen Freiheitsgeschichte. Hat nicht die Ablösung der älteren *socialitas*³⁵ durch den Geist individueller Emanzipation auch in Einseitigkeiten und Sackgassen geführt? Hat sie nicht jene soziale Krise ausgelöst, deren Vorspiel im 19. Jahrhundert die »soziale Frage« war und die im 20. Jahrhundert die Demokratie an den Rand des Scheiterns brachte? Sind nicht moderne Sozialbewegung und Sozialgesetzgebung seit den Reformen des 19. Jahrhunderts eine einzige Korrektur jener Emanzipation gewesen, deren Ausgangspunkt die These persönlicher Autarkie und Un-Verpflichtetheit (jedenfalls von Rechts wegen) des Menschen gegenüber dem Mitmenschen war?³⁶

Freiheit wird *nach* den modernen Totalitarismen nicht mehr einfach in den Begriffen des 19. Jahrhunderts buchstabiert werden können. Die Geschichte kehrt nicht einfach an ihren Ausgangspunkt zurück. Der ideologische Sozialismus war die Perversion der Gerechtigkeit (wie der Faschismus die Perversion der Gemeinschaft war). Perversionen löschen aber die berechtigten Fragen nach Gerechtigkeit und Gemeinschaft nicht aus. Und so wird es die Aufgabe einer vernünftigen Soziallehre sein und bleiben, den Freiheitsbegriff von neuzeitlichen Verengungen zu befreien – ihm jene soziale Dimension zurückzugeben, die aus der Geschöpflichkeit des Menschen, aus seiner wechselseitigen Hilfs- und Ergänzungspflicht erwächst. Das ist eine Aufgabe auf lange Frist. Sie muß in geduldiger Arbeit, ohne Hast und in einem ständigen Dialog mit Andersmeinenden entwickelt werden. Erst wenn dieser Aufbau einer neuen Ethik gelänge, wäre das totalitäre Erbe wirklich überwunden.

35 Verstanden als ein Gleichgewicht von Recht und Pflicht.

36 Näheres – pars pro toto – in meinen Schriften: Die Deutschen und die Freiheit. München 1987 und: Das Freiheitsproblem in der deutschen Geschichte. Karlsruhe 1992.

Die Solidarität der Unsoliden

Von Konrad Adam

Mit recht gilt die Soziale Marktwirtschaft als ein historischer Erfolg. Trotzdem war es nicht leicht, sie einzuführen und sie durchzusetzen. Oswald von Nell-Breuning hat berichtet, was in den kontroversen Beratungen, bei denen es gegen Ende der vierziger Jahre um die wirtschaftspolitische Grundentscheidung der neuen Republik ging, den Ausschlag gegeben hat. Man sei sich einig darüber gewesen, daß die Moral das knappste aller knappen Güter sei. Deshalb, so die übereinstimmende Ansicht, müsse man eine Wirtschaftsordnung wählen, die so wenig wie möglich auf die Moral der Menschen angewiesen sei. Dies Argument sprach für die Markt- und gegen die Planwirtschaft. Und es entschied den Fall.

Daß die Moral so selten ist, bedeutet freilich nicht, daß es dem Staat freistünde, sie zu mißachten oder auszubeuten. Genau das tut der voll entwickelte Sozialstaat aber mit zunehmender Härte. Nachdem jeder Anreiz, die Solidargemeinschaft zu schonen, systematisch beseitigt worden war, verhielt sich der einzelne nur ökonomisch, wenn er von dem, was er an Beiträgen gezahlt hatte, möglichst viel wieder zurückholte, Versicherungsleistungen also üppig und nicht etwa sparsam in Anspruch nahm. Und weil er wissen oder ahnen konnte, daß sich jedes andere Mitglied der Solidargemeinschaft genauso verhielt wie er, tat er nur recht daran, den Mitversicherten mit Argwohn zu betrachten, ihm alles Mögliche zu neiden und auch im Notfall nicht zu helfen; denn dafür gab es ja den Staat. Auf diese Weise entsolidarisiert die Solidargemeinschaft die Bürger.

Der blühende Wohlfahrtsstaat hat das Verhältnis von Geben und Nehmen drastisch aus dem Gleichgewicht gebracht. In Deutschland kam die Entwicklung um die Mitte des Jahrhunderts zum Abschluß, mit der Rentenreform von 1957. Sie sicherte den Alten Versorgungsansprüche unabhängig davon zu, ob sie und wie sie ihrerseits für Kinder gesorgt hatten. Was bisher eher stillschweigend praktiziert worden war, das sogenannte Umlageverfahren, das die Beitragseinnahmen von heute gleich morgen als Rentenzahlungen wieder ausgibt, wurde zur amtlich anerkannten Basis der Sozialpolitik. Seither gilt nur noch in der Theorie, daß die Alten verzehren, was sie sich selber abgespart und auf ein Rentenkonto eingezahlt hätten. Faktisch leben sie von der Arbeitskraft und der Zahlungsfähigkeit der nachfolgenden Generation.

Die Kollektivierung des Altersrisikos hätte Aussicht gehabt, als eine Großtat der Wohlfahrtspolitik in Erinnerung zu bleiben, wäre der elementare Grundsatz der sozialen Symmetrie nicht von Anfang an mißachtet worden. Das Le-

ben kennt ja nicht nur eine Phase, in der man Hilfe oder Unterstützung braucht, sondern deren zwei, die Kindheit und das Alter. Konsequenterweise sah denn auch die Urfassung des Reformvorhabens, der nach seinem Ahnherrn sogenannte Schreiber-Plan, zwei öffentliche Kassen vor, die eine für die Jugend, die andere für Rentner. Schreibers Begründung war einleuchtend: »Wer kinderlos oder kinderarm ins Rentenalter geht und mit dem Pathos des Selbstgerechten für gleiche Beitragsleistung gleiche Rente verlangt«, schrieb der selbst kinderlose Mann, »zehrt im Grunde parasitär an den Mehrleistungen der Kinderreichen, die seine Minderleistung kompensieren.«

Der Bundespostminister hat mit Recht daran erinnert, daß sich die Rentenreformer von 1956 über diese Zusammenhänge im klaren gewesen sind. Sie wußten, daß das System nur funktionieren konnte, wenn eine hinreichend große Zahl von Kindern, zukünftigen Beitragszahlern also, langfristig die Einnahmen garantierte. Trotzdem sind alle Versuche, die beiden Säulen des Versicherungssystems, neben den Beitragszahlern also auch die Kinder, angemessen zu berücksichtigen, am Widerspruch der Besitzstandswahrer gescheitert. Sie profitieren vom bestehenden System auf dreifache Weise: zunächst vermehrt das Paar, das auf Kinder verzichtet, seine Chancen, statt eines einzigen zwei Einkommen zu erzielen. Zudem braucht es diesen doppelten Verdienst mit keinen dritten, vierten oder fünften Personen, unnützen Essern, wie man sie früher wohl genannt hätte, zu teilen. Und schließlich werden sie für ihr höchst eigennütziges Verhalten im Alter dann auch noch mit einem verdoppelten Rentenanspruch belohnt: Gründe genug also, die Zahl der Kinder zu beschränken.

Die einseitig zugunsten der Kinderlosen ausgestatteten Verhältnisse sind zwar immer wieder bemängelt worden, geändert hat sich aber wenig. »Wir müssen feststellen«, erklärte Gerhard Stoltenberg vor vielen Jahren, »daß die Einkommensunterschiede zwischen unverheirateten oder kinderlosen Ehepaaren und Eltern mit Kindern gewaltig sind. Vergleicht man zwei Ehepaare, von denen im einen Fall beide Partner erwerbstätig sind, keine Kinder haben und je 2 500 Mark brutto verdienen, von denen im zweiten Fall aber nur der Mann erwerbstätig ist und die Frau sich der Versorgung dreier Kinder widmet, so kommt man zu dem Ergebnis, daß das zweite Paar um rund 1,5 Millionen Mark nach Steuern schlechter steht als das erste. Das ist der abgezinste Vermögensnachteil dreier Kinder, der sich dadurch ergibt, daß die Frau kein Einkommen hat, daß die Kinder Kosten verursachen und die eigene Rente der Frau niedriger ist.«

Im Grundsatz hat sich daran nichts geändert. Der Geburtsfehler der Rentenreform, ein auf seine altenfreundliche Hälfte reduzierter Torso zu sein, ist geblieben. Er soll auch, wenn es nach dem Willen des Sozialministers geht, nicht mehr korrigiert werden. Der Grund ist klar: Rentner sind schließlich Wähler, Kinder nicht. Der fiktive Vertrag, auf den sich die Sozialpolitiker ein-

schneidend so gern berufen, ist nur zwischen zwei Generationen zustande gekommen, die dritte wurde übergangen, übertölpelt und übervorteilt. Die Basis, »ohne die das Ganze wie ein Kartenhaus zusammenfällt«, sei damals vergessen worden, meint Oswald von Nell-Breuning. Während der Nutzen, den die Kinder stiften, kollektiviert wurde, blieben die Kosten, die sie eben auch noch machen, weitgehend privat. Seither ist es in Deutschland möglich, sich als Rentner von fremder Leute Kinder versorgen zu lassen, mit einklagbarem Rechtsanspruch und allerbestem Gewissen – eine phantastische Aussicht, die eine auf Nutzenmaximierung gedrillte Gesellschaft schnell und gründlich begriffen hat.

Die Folgen, die sich aus diesem planmäßig konstruierten Ungleichgewicht ergeben können, läßt eine Verfassungsbeschwerde erkennen, über die jüngst in Karlsruhe entschieden worden ist. Daß die Kläger, ein älteres Ehepaar, das neun Kinder großgezogen hatte, für diesen Einsatz 300 Mark Rente erhält, ist nur der eine Teil der Sache. Man muß den anderen hinzunehmen, sich also klarmachen, daß diese neun Kinder an Pflichtbeiträgen monatlich weit über 6000 Mark an öffentliche Rentenkassen zahlen, um den Systemfehler zu erkennen. Der Anspruch des Wohlfahrtsstaates, durch seinen Eingriff die Verteilungsgerechtigkeit zu erhöhen, ist hier ganz offenbar gescheitert. Die Klage wurde zwar abgewiesen, der Staat jedoch zugleich dazu verpflichtet, die bestehenden, ganz unzulänglich korrigierten Ungerechtigkeiten abzubauen. Im wesentlichen heißt das wohl: Stärkeres Gewicht für Kindererziehungszeiten bei der Berechnung der Renten, Erhöhung der Freibeträge und Verbesserung beim Kindergeld. Wie lang das alles dauern wird, ist schwer vorauszusehen. Sicher ist nur, daß die im Sozialministerium verschanzte Rentnerlobby alles unternehmen wird, um den Erfolg hinauszuzögern. Daß ausgerechnet das Kindergeld die einzige Sozialleistung ist, die bis heute noch nicht dynamisiert wurde, läßt auf die Macht der Gruppe schließen.

Man hat die Asymmetrie, die hier zwar im Extrem, aber nicht untypisch zutage tritt, als Transferausbeutung bezeichnet. Sie ist die eigentlich moderne, zeitgemäße Form der Ausbeutung, weil sie erhebliche Gewinne mit perfekter Anonymität verbindet. Sie spannt nicht nur Millionen ins Geschirr, sondern tut das auch so, daß niemand weiß und keiner merkt, wer beim Milliardenenspiel Gewinner und Verlierer ist. Die riesigen Geldströme, die da gesammelt, abgezweigt und umverteilt werden, fließen ja unterirdisch. So erklärt sich, daß niemand an der zweistelligen Milliardensumme, die das Ehegattensplitting jährlich kostet, Anstoß nimmt, während jeder Vorschlag, mit dem Familienlastenausgleich endlich ernst zu machen, als neuer Subventionsversuch gebrandmarkt wird.

Zu immer größeren Teilen wird das materielle Wohlergehen des einzelnen von seinem Geschick bestimmt, sich an der richtigen Stelle auf das Transferkarussell zu schwingen, im passenden Moment aber auch wieder abzuspringen. Wer diese Kunst beherrscht, der führt im Wohlfahrtsstaat ein gutes Leben.

Jahrelang hat eine Bundestags-Kommission versucht, Licht in die Winkel und Abgründe des deutschen Transferlabyrinths zu bringen; am Ende gab sie resigniert und ohne brauchbare Erkenntnis auf. Wenn es nicht Vorsatz ist, der dieses Chaos angerichtet hat und weiter züchtet, dann ist es Unvermögen. »Wie können wir das so finanzieren, daß derjenige, der es wirklich bezahlt, es nicht merkt oder daß man überhaupt nicht weiß, bei wem die Bezahlung hängen bleibt«: so hat Nell-Breuning seinerzeit den stillen Leitsatz formuliert, nach der das Sozialwesen eingerichtet und immer vertrackter ausgestaltet wird. Er sprach aus jahrelanger Erfahrung.

Manche merken aber doch etwas, einige wissen sogar, wie sie zu reagieren haben. Indem der Wohlfahrtsstaat das Netz seiner Gesetze und Vorschriften, seiner Berechnungsformeln, Verteilerschlüssel und Anspruchsgrundlagen immer dichter knüpft, gerät er in Gefahr, am Ende gar nicht mehr Bedürftigkeit, sondern sozialpolitisches Know how zu belohnen. Die heillos verworrenen, in ihrer Vielfalt kaum noch überschaubaren, aber gerade deshalb immer weiter wuchernden Bestimmungen sind allenfalls noch Fachleuten verständlich. Nur sie verfügen über das Arkanwissen, das man braucht, um die Maschine zu bedienen. Sie nutzen es in jeder Weise, natürlich auch im eigenen Interesse. Daß der Anteil von Schwerbehinderten unter den Angestellten der Versorgungsämter ungewöhnlich hoch ist, hat nur zum Teil mit Einstellungspolitik, sehr viel hingegen mit dem Spezialwissen zu tun, das man im Dienst dieser Ämter erwirbt. Man lernt dort, auf der langen Skala der Gesundheitsschäden Prozentpunkte zu sammeln, solange, bis es für irgendeine Vergünstigung reicht. Auch andere Bürger könnten auf diesem Weg vorankommen, wenn sie den Witz dieser Prozentrechnung begriffen hätten. Vielleicht halten sie sich nur deshalb für gesund, weil sie die Technik, krank zu werden, nicht beherrschen.

Zu dieser Technik zählt nun aber doch noch mehr als bloß intime Kenntnis der Gesetze. Wer im Sozialstaat komfortabel überleben will, hat nicht nur Wissen nötig, sondern Macht, und diese Macht verschafft ihm ein Verband. Die großen Organisationen brauchen mit einem Marsch auf Bonn nur zu drohen, um die Politiker gefügig zu machen. Als neulich Pläne ruchbar wurden, die Privilegien der Knappschaft vorsichtig zu stutzen, drohte der Vorsitzende der zuständigen Gewerkschaft in jenem unverblühten Tonfall, der jeder Lobby eigen ist, mit Ärger. Er verbat sich die geplante Neuerung und kündigte an, widrigenfalls solange zu demonstrieren, »bis alle Pläne gegen unsere Rentenversicherung vom Tisch sind«. Das wirkte schnell und gründlich. Blüm selber, der sich sonst so gern als Anwalt der Mühseligen und Beladenen gibt, beeilte sich, das absurde Privileg der Unter-Tage-Zulagen für über Tage arbeitende Sekretärinnen unter seinen Schutz zu stellen. Der umverteilende Sozialstaat reagiert eben nicht auf Argumente, sondern auf Druck. Wenn die organisierten Interessen stark genug auftreten, hat auch der schlüssigste Bedarf gegen ersessene Sonderrechte keine Chance.

So manövriert der Wohlstandsstaat sich selbst in eine ausweglose Lage. Um den Hunger der wohlorganisierten Lobby zu stillen, muß er die Ansprüche verletzen, die sich auf nichts als ihre Evidenz und auf den Grundsatz der Gerechtigkeit verlassen. Zu solchen Ansprüchen gehört all das, was generellen, über das allerpersönlichste und rein materiell definierte Wohlergehen hinausreichenden Zielen dient. Der Staatsrechtler Ernst Forsthoff hat das Dilemma zu einer Zeit beschrieben, als die Entwicklung noch am Anfang stand. Er sprach von dem bedauerlichen, durch die Erfahrung allerdings bestätigten Gesetz, »daß ein Interesse, je allgemeiner es ist, mit immer mehr Interessen unweigerlich in Widerspruch tritt, und schließlich keinen organisierten gesellschaftlichen Patron mehr findet«. Bedürfte diese Regel noch eines Beweises, dann hätte ihn die Geschichte des Familienlastenausgleichs geliefert.

Diese Geschichte ist eine Kette von Rückschlägen, Enttäuschungen und Mißerfolgen. Die Familie hat kein Glück, weil ihr der rüde Anwalt fehlt, der auf Gesetz und Sitte nicht viel Rücksicht nimmt. Sie kann auch nicht mit Streik, Blockade oder Dienst nach Vorschrift drohen, ein Handicap, das im Sozialstaat tödlich ist. Es brauchte Jahre, bis über die Verfassungswidrigkeit der Grundsätze entschieden war, nach denen die Familie besteuert wird. Als es dann schließlich soweit war, wurden die verfassungswidrig erhobenen Steuern aber nur denen zurückgezahlt, die Einspruch erhoben hatten. Das ist ein sonderbares Resultat, zeigt allerdings, worauf es im Sozialstaat ankommt: auf die Entschlossenheit und auf die Macht, sich im Konflikt mit anderen durchzusetzen. Lastwagenfahrer können Grenzübergänge blockieren, die organisationsunwilligen, vielleicht sogar organisationsunfähigen Familien können das aber nicht. Sie haben nichts anderes für sich als bloß das Grundgesetz.

Denn darum geht es ja im Kern, um Sinn und Anspruch des Artikels 6, der Ehe und Familie dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung unterstellt. Daß beide Begriffe synonym gebraucht werden, die Ehe also, wie es noch in Weimar hieß, »als Grundlage des Familienlebens« anzusehen sei, ist evident. Und so hat dann die Rechtsprechung im besten Glauben, auf diese Weise grundgesetzkonform zu handeln, der Ehe eine Vorzugsstellung eingeräumt, die im Statut des Steuersplittings ihren wirkungsvollsten Ausdruck fand. Das entscheidende, die Ehe stark begünstigende Urteil stammt aus dem Jahre 1959. Ob die weitgehende Identität von Ehe und Familie, auf der die Entscheidung beruht, um diese Zeit noch gegeben war, mag offen bleiben. Sicher ist allerdings, daß diese Annahme spätestens in den siebziger Jahren brüchig wurde und seit den Achtzigern vollends illusorisch geworden ist. Ehe und Familie, die von der Rechtsprechung noch als natürliche Verbündete behandelt wurden, strebten für alle sichtbar auseinander. Immer häufiger kam das »Begünstigungsvolumen« des Splitting-Verfahrens, anders als vom Gesetz gewollt und den Verfassungsrichtern angenommen, denen zugute, für die es gar nicht vorgesehen war. So ging es fort, die Spannung wuchs, und die Familie fiel immer weiter zurück.

Das vorläufige Ende der Entwicklung markiert ein Kommentar des früheren Verfassungsgerichtspräsidenten Wolfgang Zeidler. »Weil die Ehe gefördert wurde, ging die Familie zugrunde«, schrieb er im Handbuch des Verfassungsrechts. Das war vor immerhin zehn Jahren.

Was Zeidler erreichen wollte, war klar. Die Vergünstigungen, die das Grundgesetz der Familie zudedacht hatte und die es der Ehe nur deshalb zugestand, weil die eine als typische Folge der anderen galt, sollten ihrem ursprünglichen Adressaten zurückgegeben werden. Technisch gesprochen hieß das, das Ehegattensplitting zum Familiensplitting auszuweiten, beim Berechnen der Steuerschuld also nicht nur die Frau, sondern auch die Kinder angemessen zu berücksichtigen. Tatsächlich ist dieser Weg ja auch erörtert worden, etwa zur selben Zeit, als Zeidler das erwähnte Diktum niederschrieb. Vorübergehend stand der Plan sogar in Gunst, zumindest bei der CDU. In seiner ersten Regierungserklärung ging Kohl so weit, die Neuerung mit Datum anzukündigen: bis zum 1. Januar 1984 sollte das alte durch das neue Verfahren ersetzt werden.

Geworden ist daraus bis heute nichts. Wer nach den Gründen fragt, stößt auf dieselbe Antwort, die ihm der Sozialstaat allenthalben gibt: die Mehrheit der Interessenten war dagegen. Weil die Familie zur Lebensform einer Minderheit geworden ist, muß sie in dieser Position verharren; so wollen es die eisernen Regeln des anspruchsgesteuerten Wohlfahrtsstaates. Mit der Reform des Familienlastenausgleichs seien eben keine Wähler zu gewinnen, erläutert der Präsident des Bundesfinanzhofes trocken. Natürlich wäre die Reform geboten, aus Gründen der Gerechtigkeit genauso wie mit Blick auf die Finanzen: »Wird sie verhindert, werden die Sozialversicherungen bald vor leeren Kassen stehen. Die wenigen jungen Menschen in unserem Volke werden nicht mehr bereit sein, diejenigen, die ihre Altersrenten einfordern, zu alimentieren«, meint der Präsident. Ein gutes Argument, nur eben an der Wirklichkeit vorbei, weil der Sozialstaat nicht auf Argumente reagiert, sondern auf Druck.

Zweifellos sind die fetten Jahre der Rentenversicherung vorüber. Daß die Rentnerlobby das Gegenteil beteuert, beweist das Gegenteil noch lange nicht. Blüm selber nährt die Zweifel, ob die Renten, wie von ihm versprochen, wirklich sicher sind, wenn er mit so viel Verve für die solidarisch organisierte Pflegeversicherung ins Feld zieht. Auch dieses Modell erschließt ja neue Quellen, spült neues Geld in öffentliche Kassen: was doch nicht nötig wäre, wenn es um deren Sicherheit so prächtig stünde, wie der Sozialminister überall behauptet. In Wahrheit hat er freilich keine Wahl, er muß die Umverteilung immer weiter treiben, denn Rentner sind die treueste Klientel der CDU. Und noch dazu ein Kontingent, das in der alternden Gesellschaft ständig wächst. Die CDU hat das erkannt und dient den Alten schon alleine deshalb gern, weil sie sich damit selber dient. Als erste Partei kam sie auf den Gedanken, eine Gerontologin zur Familienministerin zu machen und die Zahl ihrer Untergruppen um eine Se-

nieren-Union zu vermehren. Demnächst will sie statt des gewohnten Bundesjugendplans den ersten Bundesaltenplan vorlegen. Die relative Stärke der Altersgruppen hat sich eben verschoben, und damit wandert auch die Liebe der Partei, weg von der Jugend, hin zum Alter.

Den Sog, der von der Überalterung ausgeht, zu mildern, ihn vielleicht aufzufangen oder sogar umzukehren, wäre die Sache einer Politik, die ihre gestalterische Aufgabe ernstnimmt. Statt bloß zu reagieren, hätte sie initiativ zu werden; doch gerade das kann oder will sie offensichtlich nicht. Nach dem Gesetz, nach dem sie angetreten, sucht sie nach einer Mehrheit, und wenn sie diese bei den Alten findet, dann treibt sie eben Altenpolitik. Man rühmt die Fähigkeit der demokratischen Regierungsform, aus Fehlern klug zu werden, betrachtet ihre strukturell bedingte Lernbereitschaft sogar als den entscheidenden Vorzug, der sie von den maroden Einparteien-Staaten unterscheidet. Doch ihre hilflose Reaktion auf die Verwerfungen im Altersaufbau der Gesellschaft läßt mit der Zeit an dieser Gabe zweifeln. An der Übervorteilung der Jungen durch die Alten, die Kohl als Stigma der sozialdemokratischen Familienpolitik so oft bemängelt hatte, hat sich auch unter seiner Regierung grundsätzlich nichts geändert.

Weil dieses Urteil hart klingt, soll es mit einem längeren Zitat verteidigt werden. Es stammt aus einer Untersuchung, die als Band 10 in der vom Bundeskanzleramt edierten Schriftenreihe erschienen ist, insoweit also vom Verdacht unionsfeindlicher Polemik frei sein dürfte. Die Studie kommt zu dem folgenden Ergebnis: »Während im Jahr 1981/82 die Familien mit drei oder mehr Kindern über eine Pro-Kopf-Einkommen von 67 % desjenigen der Ein-Kinder-Familie verfügten, hat sich diese Relation bis 1986 auf 61 % verschlechtert. Der Anteil der Familien unterhalb der nach Sozialhilfesätzen definierten Armutsgrenze hat sich im Beobachtungszeitraum für alle Familien von sechs auf 12 % verdoppelt; besonders stark war die Zunahme bei den Familien mit nicht-erwerbstätigen Müttern und mehr als drei Kindern, nämlich von 17 auf 29 %.«

Vieles, so fährt die vor gut einem Jahr erschienene Studie fort, spreche dafür, daß die relative Benachteiligung der Familien mit Kindern in letzter Zeit sogar noch größer geworden sei. »Zwar haben natürlich auch die Familien mit Kindern an der allgemeinen Einkommensentwicklung partizipiert, aber mutmaßlich in geringerem Ausmaße als die Kinderlosen. Mit jedem zusätzlichen Kind ergibt sich eine doppelte, scherenartige Verschlechterung der ökonomischen Familienhaushalte: einerseits zunehmende Kosten, andererseits sinkende Arbeitseinkommen. Steuervergünstigungen und Transfereinkommen vermögen diese Einkommensverluste nur unzureichend und mit sinkendem Wirkungsgrad auszugleichen.«

Auch die jüngste Steuerreform hat an diesem Ungleichgewicht nichts Wesentliches geändert. Sie hat die Ledigen bei weitem stärker entlastet als die Verheirateten mit Kindern, zu den eigentlichen Gewinnern des Milliarden-

spiels jedoch die kinderlosen Ehepaare gemacht. Nur sie erbringen eben jene spezifische Leistung, die sich laut Wahlversprechen »wieder lohnen soll«. Nur sie können ohne die Einschränkungen, die Kinder nun einmal verlangen, der Erwerbsarbeit nachgehen, nur sie haben die Möglichkeit, sich ganz und gar der Wohlstandsmehrung hinzugeben, und nur in dieser Betätigungsform, im permanenten Tausch von Arbeit gegen Geld, erkennt der Sozialstaat eine Leistung, die er dann seinerseits mit einem Alterslohn, der Rente, honoriert.

Weil das so ist, verspricht der Versuch, auch der »Familienarbeit« Rang und Anerkennung auf der Rentenskala zu verschaffen, nur bescheidenen Erfolg. Wer die Beträge, die für ein Babyjahr versprochen werden, mit dem vergleicht, was ein Jahr beitragspflichtiger Erwerbsarbeit einbringt, wird sich über die Grenzen des Versuchs keine Illusionen machen. In einer auf Vermögensbildung abgerichteten Gesellschaft läßt sich der Rückstand der Familie mit finanziellen Hilfen zwar mildern, aber nicht beheben, denn wirtschaftlich ist sie nun einmal nicht mehr konkurrenzfähig. Der Wohnungsmarkt hat längst bemerkt, daß die Familie nicht mehr zu den Leitfiguren zählt. Er bedient die herrschende Schicht, und herrschend, tonangebend, leistungsfähig, zeitgemäß sind eben Paare oder Alleinwohnende, die Singles und die Dinkies. Sie fegen die Konkurrenz, Familien mit Kindern, mühelos vom Platz. Rein ökonomisch ist das nicht zu tadeln, denn im Bereich des Wirtschaftlichen hatte Friedrich List schon immer recht: Wer Schweine aufzieht, ist danach ein produktives, wer Menschen erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft.

Der Schluß, daß die Familie antiquiert sei, drängt sich auf, von vielen wird er ausdrücklich verkündet. In ihrem Wunsch, die Produktivkräfte restlos zu entfesseln, verwandelt sich die Industriegesellschaft in jenes große Arbeitshaus, vor dem manche konservativen Kritiker der Moderne schon zu Beginn der Entwicklung gewarnt hatten. Raum und Verständnis hat so ein Staat nur für Erwerbsarbeit, die Lohn und Alterslohn einbringt; für Kinder, die das alles erst noch vor sich haben, also nicht. Die Abtreibungsdebatte macht das ebenso deutlich wie der parteiübergreifende Konsens, als schönstes Erbstück aus der DDR das kollektive Krippenwesen zu betrachten. Kritische Stimmen, die vor dieser genuin sozialistischen Errungenschaft aus eigener Erfahrung warnen, werden überhört, sie stören eben den Konsens. Weil sich der Wert der Menschen nach der Arbeitskraft bemißt, wird alles, was die Arbeit unterbricht oder ihren Verkaufswert schmälern könnte, als Notlage indiziert, mit den bekannten Folgen für das Kind. In der Erwerbsgesellschaft ist das konsequent, denn von allen Risiken für die bezahlte Arbeit sind Kinder zweifellos die größten. Zulässig sind sie überhaupt nur unter der Voraussetzung, daß sich ihr Dasein mit regelmäßiger Berufstätigkeit vereinen läßt. So ist Vereinbarkeit denn auch das Ziel, auf das sich die Sozialpolitiker verständigt haben.

Sie ist in Grenzen sicher möglich. Doch diese Grenzen zu erkennen oder zu beachten fällt dem Sozialstaat schwer. Was jenseits liegt, kann er nur schonen;

doch gerade dazu ist er nicht bereit, weil er, befangen im Denken nach Beitrag, Anspruch und Leistung, für dieses Jenseits kein Organ besitzt. Die Zuwendung, die er verspricht, muß er in Geld umrechnen und seiner Klientel einreden, daß so ein Tausch ohne Verlust und Abstriche möglich sei. Je größer allerdings die Masse derer, die sich auf das Geschäft einlassen, desto schlechter werden die Aussichten, daß die Rechnung aufgeht. Der auf Erwerbstätigkeit eingeschworenen Gesellschaft muß die Familienpflege der Alten genauso funktionswidrig erscheinen wie die der Jungen. Nachdem ihr die Sorge um die Kinder lästig geworden ist, wird sie sich irgendwann auch von der Altenpflege dispensieren, und kein Sozialminister wird sie mit seinem öffentlichen Lob für die Kultur des Helfens daran hindern. Warum auch soll sie nun den Rentnern jenes Opfer bringen, das man ihr im Verhältnis zu den Kindern gerade abgewöhnt, Verzicht auf Geld also und freie Zeit? Daß Blüm die Dinge anders sieht und die Familienpflege in den Himmel hebt, erklärt sich damit, daß ihm für die öffentliche Pflege als Regelfall einstweilen noch das Geld fehlt. Es zu beschaffen ist der Zweck der neugeplanten Pflegeversicherung.

Wenn sie erst einmal eingerichtet ist, wird man mit den Alten nicht anders verfahren als mit den Jungen heute schon. Was für die einen die Krippe, der Kindergarten oder der Hort, ist für die anderen das Pflegeheim. Die Lieblosigkeit, die Max Weber als ein Merkmal beschrieben hat, das dem versachlichten ökonomischen Kosmos »von der Wurzel anhaftet«, macht eben keinen Unterschied. Die auf die Zugewinngemeinschaft reduzierte Familie hat ja auch keine Wahl, wenn sie beim Ausschöpfen der Lebensqualität, beim Reisen, Wohnen, Konsumieren, mithalten will. Zeit für die Arbeit, die dazu geleistet werden muß, findet sie nur dann, wenn sie alle anderen Verpflichtungen kleinhalten oder gänzlich vermeiden kann. Lebenslange Erwerbstätigkeit, eigenständiger Rentenanspruch, außerhäusliche Kinderbetreuung und öffentlich garantierte Altenpflege sind Glieder einer einzigen Kette. Nur gemeinsam ergeben sie den progressiven Lebensentwurf, den die Industriegesellschaft belohnt und fordert.

Senioren-Homelands oder Konzentrationslager für die Alten, mit denen Friedrich von Hayek seine Zeitgenossen erschreckt hat, sind und bleiben unwahrscheinlich. Aber die Beziehungen zwischen den Generationen dürften sich abkühlen. Sie werden auf jenen nüchternen, sachlichen Tonfall herabgestimmt werden, der für eine Welt, die alles in Geschäftsbeziehungen auflöst, typisch ist. Den Generationenkonflikt, die Spannung zwischen Vätern und Söhnen, gibt es seit eh und je; nur daß er früher in privaten Formen ausgetragen wurde. Nachdem die Fürsorge zwischen den Generationen kollektiviert worden ist, wird es mit allen Spannungen und Animositäten genauso gehen, auch sie werden gesellschaftliche, anonyme Formen annehmen. Rivalitäten werden dann nicht länger aus der Nähe ausgefochten, sondern aus der Distanz, in den technischen Formen des Verlassens, Vergessens und Verschweigens. Was sie an persönlicher Schärfe verlieren, werden sie an bürokratischer Kälte

gewinnen. Eine Jugend, die in einer von Sachbeziehungen beherrschten Umwelt großgeworden ist, wird dieses Denken nicht so bald verlernen. Sie wird entdecken, wer bezahlt und wer verbraucht, und daraus ihre kühlen Schlüsse ziehen.

Der Wohlfahrtsstaat lebt von der Hoffnung, die Risiken, die das Leben in Form von Krankheiten und Unfällen, von Alter und Arbeitslosigkeit mit sich bringt, zu mildern. Wie weit er durch sein eigenes Wirken diese Lasten erst eigentlich hervorbringt oder doch erhöht, fragt er in aller Regel aber nicht. Und dennoch wäre gerade diese Frage angebracht. Dringlich geworden ist die Pflegeversicherung ja erst durch die Kopflastigkeit der Alterspyramide: zum erstenmal haben die mehr als Sechzigjährigen die unter Zwanzigjährigen überundet. Um den Folgen dieser Asymmetrie beizukommen, fällt dem Sozialstaat aber niemals etwas anderes ein, als sie zu Lasten der Nachwachsenden immer weiter zu verschärfen. Er kann nicht mehr zurück, sondern nur immer weiter voran in dieselbe, fatale Richtung. Selbst um den Preis, daß er sich selbst die Wurzeln kapt.

Hier sind sich die Parteien einig. Schon vor Jahren rechneten sich Anke Fuchs und Herbert Ehrenberg »erhebliche finanzielle Spielräume« für ihre sozialpolitischen Tagträume aus. Ausdrücklich meinten sie, daß ein großer Teil der gestiegenen Rentenzahlungen »durch verringerte Ausgaben für die nachwachsende Generation kompensiert werden könnte«. An dem fundamentalen Mangel der Rentenversicherung, ihrer systembedingten Blindheit gegen die Voraussetzungen für das eigene Überleben, wollten sie genauso wenig ändern wie Blüm. Seine Pflegeversicherung spinnt jedenfalls den alten, morschen Faden weiter. Natürlich laufen Kinderlose im Vergleich zu Eltern das erheblich größere Risiko, im Pflegefall ohne Hilfe dazustehen, denn Kinder sind zur Unterstützung ihrer Eltern ja schon vom Gesetz verpflichtet. Die Konsequenz aus dieser Lage wäre ein nach Kinderzahl gestaffelter Beitragssatz; den soll es allerdings nicht geben. Blüm will keine Risikozuschläge, Abschläge oder Rabatte also auch nicht. Er setzt wie immer auf das Solidarmodell, und das bedeutet gleichen Beitragssatz bei gleichem Lohn.

Um den Umfang der »diebstahlsähnlichen Umverteilung«, die er zwischen den Generationen überall am Werke sieht, jedenfalls bei der Pflegeversicherung nicht noch weiter ansteigen zu lassen, hat der Familienbund der Deutschen Katholiken das Blüm-Modell mit einem Gegenvorschlag beantwortet. Er regt an, für jedes unterhaltsberechtigten Kind den Eltern einen Freibetrag zuzubilligen, der hoch genug ist, um dem Kind eine Ausbildung »nach dem Standard der Zeit« zukommen zu lassen: »Der Kinderlose, der auf die Leistungen der Kinder anderer zurückgreift, will seinerseits ja auch die Pflege nach dem Standard seiner Zeit.« Weil dafür an die 1000 Mark zu zahlen wären, ergibt sich auch ein Freibetrag in dieser Höhe. Er wäre mit der Zahl der Kinder zu multiplizieren, betrüge also bei drei Kindern etwa 3000 Mark im Monat.

Daß dieser Vorschlag Chance hat, ist aber unwahrscheinlich. Die Umverteilungspolitik ist unerbittlich. Sie sieht nur auf das Bestehende – und bringt es gerade damit in Gefahr. Daß die Gegenwart bei ihren Ansprüchen auf das, was nach ihr kommt, wenig Rücksicht nimmt, ist oft bemerkt und kritisiert worden: »Die heute lebende Generation lebt weitgehend zu Lasten der nachfolgenden Generation«, schreibt etwa Heiner Geißler. Was diese ohnehin tief sitzende Neigung in letzter Zeit so stark hat anwachsen lassen, fragt Geißler aber nicht, und daß der von ihm hochgeschätzte Sozialstaat mitschuldig sein könnte, würde er wahrscheinlich als eine Verleumdung von sich weisen. Und doch drängt sich im Blick auf die verborgenen, aber überaus wirksamen Umverteilungsmechanismen eben dieser Verdacht auf. Zusammen mit der äußeren und inneren Distanz zu Kindern wächst die Tendenz, die Genüsse der Gegenwart auszukosten. Wie diese Neigung dann auch ihrerseits Verzicht auf Kinder nahelegt.

Manche wollen die sozialen Folgen dieser sich selbst tragenden und immer weiter beschleunigenden Bewegung durch verstärkte Zuwanderung auffangen. Aber auch das ist naiv. Denn anders als in klassischen Einwanderungsländern wie etwa in Amerika will man in Deutschland ja nicht eigentlich Staatsbürger gewinnen, sondern nur Beitragszahler. Sie sollen, wie es heißt, den Wohlstand sichern, und den erblickt eine alternde Gesellschaft zunächst in ihrem Rentenschatz. Alt geworden, werden die Einwanderer denselben Wunsch entwickeln wie diejenigen, die sie seinerzeit ins Land gerufen hatten. Sie werden darauf achten, daß andere für sie das gleiche tun, was sie vorher für andere geleistet haben. Wenn sie die Regeln des Sozialstaats erst begriffen haben, dann wollen sie nach ihnen leben. Auch sie werden sich dann bequem, und das heißt: ohne Kinder einrichten. Wie so ein altes und steriles Land die Zukunft gewinnen soll, bleibt rätselhaft. Die Parteien wissen es jedenfalls nicht. Sie pfeifen nur, vielleicht aus Angst.